

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Einzige Tageszeitung im Umtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten
Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptamtsgerichts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Heft: ins Haus halbjährlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonntags- und Sonntagssummer 15 Pf.). — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsausdrucker, die Geschäftsstelle nehmen Bestellungen entgegen.



Tageblatt.

Unabhängige Zeitung für alle Stände im Staat und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksstädten! Verlagen: Bildwoche, Jugend u. Deutsches, Mode vom Tage, Frau und Heim, Landwirtschaftliche Verlage. — Druck und Verlag von Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsprecher Nr. 444 und 445

Poststelle-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Versandbeziehungen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 48 mm breite einfarbige Grundfläche 25 Pf., doppelseitige Anzeigen 20 Pf., die 90 mm breite Reklamefläche (im Textteil) 70 Pf. Für das Zeichnen von Anzeigen in bestimmten Dimensionen und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Rabatt nach Tarif. — Für Sonderanzeigen fachmäßiger Aufschlag. — Zeitungsort Bischofswerda.

Mr. 128

Freitag, den 3. Juni 1927.

82. Jahrgang

Zageschau.

* Nach Meldungen aus Riga steht die Sowjetregierung in Verhandlungen mit ausländischen Regierungen über die Unterbringung umfangreicher Bestellungen für die Rote Armee.

* Die Stadt San Francisco hat den Grafen Luckner zum Ehrenbürger ernannt und den Reichspräsidenten von Hindenburg in einem Telegramm von dieser Ehrengabe verständigt.

* Bei einem Abendrennen auf der Leipziger Rennbahn am Mittwochabend starzten die Dauerfahrer Krupat und Lewanow und erlitten schwere Verletzungen. Krupat ist seinen Verleihungen bereits erlegen.

* Ein schwerer Wirbelsturm hat am Mittwochnachmittag in Ostholstein, Belgien und in der Gegend von Lübeck an der Elbe durchbare Verwüstungen angerichtet. Auch in Pommern wurde die Ortschaft Streitig von einem Wirbelsturm fast zerstört.

* Bei den Philippinen-Inseln ist ein Dampfer in einem Sturm untergegangen, wobei 108 Personen ertranken. Zwei weitere Dampfer sind überfällig.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Völkerbundsrat und Rheinlandproblem.

Vor Monaten bestand bekanntlich einmal die Absicht, dem Völkerbundsrat zu seiner Sitzung, die am 18. Juni ihren Anfang nimmt, nach Berlin einzuladen. Nichts kann nun den seitdem eingetretenen Wandel der internationalen Lage besser charakterisieren, als die Tatsache, daß die Reichsregierung von dieser Absicht Abstand genommen hat. Der englisch-russische Konflikt, der die europäische Situation zur Zeit bestimmt, gewisse Spannungen zwischen den alliierten Mächten, vor allem aber die merliche Ablösung der Beziehungen Englands und Frankreichs zu uns, die seit Vercors eingetreten ist, haben es offenbar rasch erscheinen lassen, Berlin auch diesmal noch nicht zum Tagungsort zu wählen. Es hat für uns eigentlich nie einen Zweifel unterlegen, daß eine Tagung des Völkerbundrates in Berlin so lange nicht stattfinden darf, als noch große und wichtige Gebiete Deutschlands sich unter fremder Herrschaft befinden. Es scheint, daß sich jetzt auch die bisherigen Befürworter des Gedankens einer Einladung nach Berlin diesen Gesichtspunkt zu eigen gemacht haben.

Aus den bitteren und leidvollen Erfahrungen der letzten acht Jahre haben wir ja schließlich lernen müssen, daß die Alliierten und ihre Mitläufer sich in deutschen Fragen von feinerlei Sentimentalitäten beeinflussen lassen, sondern die Dinge sehr früh vom eigenen machtpolitischen Standpunkt aus betrachten. Alle deutschen Vorzüge in der Rheinlandfrage, von Vercors bis Thoiry, sind bisher ergebnislos geblieben, da unsere Gegner der deutschen Forderung auf Innehalten der Bestimmungen des Versailler Diktates von sich aus, gestützt auf ihre machtpolitische Überlegenheit, Forderungen mit neuen politischen Bindungen für Deutschland entgegensehen. Immer wieder wird von Paris und London her die Frage eines Ostvertrags, die Frage einer verschleierte Investition in der enklavisierten Zone Deutschlands in die Debatte gehoben, sobald es die deutsche Defensivität einmal wagt, den Rechtsstandpunkt Deutschlands zu vertreten und auch für Deutschland den Versailler Vertrag im positiven Sinne auszumachen. Kein Wunder, daß sich bei diesem Spiel die Atmosphäre von Vercors aufsehensverstärkt hat, auch wenn die Außenpolitik Deutschlands England und Frankreich noch immer in den Händen der gleichen Männer liegt, die das Vercorsoabkommen unterzeichneten.

Nach dem Bericht des Generals von Pawels, der dieser Tage dem Reichskabinett zugegangen ist, ist nun auch der letzte „Punkt“ aus der Welt geschafft worden, so daß nunmehr auch der formale Rechtsanspruch Deutschlands auf sofortige Rheinlandeinnahme ohne alle neuen Bindungen und Auflagen von der Gegenpartei nicht mehr bestreiten werden kann. Dennoch ist, wie wir schon darlegten, kaum damit zu rechnen, daß die Reichsregierung noch zur Statthaftung ihres Anspruchs darauf offiziell anmeldet. U. g. nicht nur etwa deshalb, weil der Völkerbundsrat dafür formal nicht zuständig ist, sondern die Völkerbundskonferenz. Letztlich hätte natürlich der Rat, wie sich das schon bei mehreren Gelegenheiten gezeigt hat, durchaus die Möglich-

keit, auch in dieser Frage Entscheidendes für die Entwicklung und Vereinigung zu tun, sofern er nur den ernsthaften Willen dazu hat. Aber der Rat fühlt sich eben durchaus nicht als eine Rechtsinstanz, sondern ausschließlich als politisches Gremium, das angeblich der gegenwärtigen unerfreulichen Lage in Europa allen Belastungen fürgängig aus dem Wege geht. Es ist ihm nicht darum zu tun, dem Versailler Vertrag auch in den Punkten, die für Deutschland vorteilhaft sind, Anerkennung zu verschaffen, sondern zur Zeit lediglich darum, seine eigene Existenz und die des Völkerbundes nicht durch Erörterungen, in denen die politische Zielrichtung so grundverschieden ist, wie in der Rheinlandfrage, zu gefährden. Das Programm der Ratstagung entschärfst sich denn auch in Belangloskeiten, die mit den wirklichen europäischen Problemen nicht das geringste zu tun haben, weder mit dem englisch-russischen Konflikt, noch mit der Rheinlandfrage.

Es fragt sich angesichts dieser Tatsache, ob die Reichsregierung nicht trotzdem gut tut, den Anspruch auf vorzeitige Rheinlandeinnahme bei der Völkerbundskonferenz anzumelden. Wenn dazu erklärt wird, das Reich begreife sich dadurch in die Gefahr einer diplomatischen Niederlage, so ist dem doch entgegenzuhalten, daß die Welt bei einer weiteren Verzögerung des bereits angekündigten Deutschen Schrittes den Eindruck bekommen muß, als liege dem Reich an der Rheinlandbefreiung nicht so viel, wie es immer behauptet hat. Und die weitere Gefahr ist die, daß man auch fernher nach bewährtem Mauster verachtet, uns mit gelegentlichen Proklamationen abzupfeilen, wie etwa der sogenannte Rückzug des Saargebietes durch die französischen Truppen, durch die viel distanzierte, aber noch immer nicht durchgeführte Veränderung der Besatzungstruppen auf Grund des Locarno-Vertrages und anderes mehr. Derartige „Erfolge“ müßten der neutralen Welt notwendigerweise ein ganz falsches Bild von der wirklichen Lage geben, und sind auch in manchen Kreisen des deutschen Volkes dazu angetan, den Willen zur Freiheit einzuschlöpfen.

Sowjetkonferenz in Berlin.

Die politische Bedeutung der baldigen Ankunft des russischen Außenministers Tschitscherin in Berlin wird dadurch außerordentlich gesteigert, daß er in diesen Tagen mit den Sowjetvertretern in Paris, in Rom, auf der Weltwirtschaftskonferenz und dem französischen Geschäftsträger Russland in London eingehende Beratungen haben wird. Die Tatsache, daß diese Sowjetkonferenz, denn als solche darf man die Zusammenkunft wohl bezeichnen, in Berlin stattfindet, wird in politischen Kreisen mit etwas gemischten Gefühlen zur Kenntnis genommen. Selbst Kreise, die unbedingt für die Aufnahme der vertriebenen Russen eintreten, sind jetzt etwas bedenklich. Auf der anderen Seite aber muß festgestellt werden, daß die geplanten Befreiungen Tschitscherins mit dem Reichsaußenminister und dem Reichskanzler durch die Einheitlichkeit fast aller in Westeuropa tätigen Sowjetdiplomaten erheblich an Bedeutung gewinnen. Man muß damit rechnen, daß als Ergebnis der Sowjetkonferenz in Berlin neue und zwar recht weitgehende Vorstöße der Russen gemacht werden.

Sowjetvertreter verlassen London am Freitag.

London, 1. Juni. Der selbstreisende Sowjetgeschäftsträger Rosengols teilte in einem an Chamberlain gerichteten Schreiben mit, daß er selbst und ein Teil seines Staates Freitag, den 3. Juni, vor mittags 11 Uhr, aus London absfahren und der übrige Teil des Botschaftsstabes sich am gleichen Tage früh auf dem russischen Schiff „Dowbar“ einschiffen werde. Der Vorsitzende der Handelsdelegation Rosengols und sein Stab würden gleichfalls Freitag vormittag absfahren.

Umfangreiche Bestellungen für die Rote Armee im Ausland.

Den von russischen U-Booten in Frankreich? Riga, 1. Juni. Die Sowjetregierung steht zur Zeit in Verhandlungen mit ausländischen Regierungen über die Unterbringung von Bestellungen für die Rote Armee im Gesamtwert von acht bis zehn Millionen Rubel. Die Flugzeugfabrik Poljot hat Aufträge für neue Transportflugzeuge erhalten, die in Moskau zusammengelegt werden sollen.

Die Flotte des Kriegsmarschalls Woroschilow nach der polnischen Grenze ist ausgelöscht worden. Der Kriegsmarschall besucht dieser Tage eine Konferenz sämtlicher Oberbefehlshaber der Roten Armee nach Moskau ab.

Wie versteht, soll die Sowjetregierung bestätigen, Bestellungen für neue Unterseeboote unterzubringen. Die Verhandlungen hierüber sind noch im Gang.

Der Sieg Südsachsen.

Das regressive Vordringen der örtlichen Nationalisten in Richtung auf Peking, der Bevölkerung zweier Provinzen zu den Nationalisten und vor allem die fast wahlfrei gewordene Missgabe Beitrags durch Tschinghajen verhindert

das weltpolitische Bild in Ostasien entscheidungssoll. Die nationale Sache in China hat die Krise der Trennung vom Bolschewismus erfolgreich überstanden, auch wenn die Frage dieser Scheidung noch nicht endgültig erlebt ist. England wird dadurch gezwungen, in Ostasien sehr viele Rücksichten auf Russland zu nehmen, als es z. B. im Augenblick des Bruchs der diplomatischen Beziehungen zu Moskau zu nehmen braucht. Die Rückwirkung der chinesischen Ereignisse auf die Lage im russisch-englischen Streit ist also augenfällig. Allerdings muß gesagt werden, daß die Niederlage Chiangkais, der ja der Mann Japans und in gewisser Beziehung auch Frankreichs ist, die Möglichkeit einer Annäherung der japanischen, französischen und selbst amerikanischen Politik an die englische aufzuzeigen scheint.

Vor dem Einzug der Südtruppen in Peking.

Berlin, 1. Juni. Nach Meldungen aus Peking rechnet man mit der baldigen Einnahme der Stadt durch die Südtruppen, deren Vormarsch unaufhaltsam vorwärts geht. Die offensive der Südtruppen wird kaum noch erstaunlicher Widerstand geleistet. Zur Zeit stehen etwa 10 000 fremde Soldaten in Peking zur Verfügung. Zur Verteidigung des Gesandtschaftsviertels sind 2000 Mann reserviert worden. Die britische Gesandtschaft erhält aus London Befehl, alle englischen Frauen und Kinder, die außerhalb des Gesandtschaftsviertels wohnen, aus der Stadt zu entfernen.

20 000 Mann Nordtruppen gefangen?

Honanfu von Feng erobert.

London, 1. Juni. Nach Meldungen aus Honanfu mit 20 000 Mann der Nordtruppen sollen gefangen genommen worden sein. Die Truppen Feng hätten außerdem sechs Eisenbahnladungen Munition erbeutet.

London, 2. Juni. Daily Telegraph meldet zum Erfolge der Nationalisten: Die beiden Regierungen von Nanking und Hankau haben sich in geschickter Weise aus ihrer schwierigen Lage gezogen. Sie haben trotz ihrer politischen Differenzen ihre militärischen Operationen bis zur Niederlage der Nordtruppen in Übereinstimmung gebracht. Der russische General Galen hatte die Lage gerettet, indem er für die Heere von Hankau und Nanking Einheit des Befehls herstellte. Seine Operationspläne erregen Bewunderung.

Der englisch-ägyptische Konflikt.

Der englisch-ägyptischen Konflikt scheint der König Fuad von Ägypten sich ganz auf die Seite der ägyptischen Forderungen nach Unabhängigkeit zu stellen. Eine Tatsache, die, so selbst das kleinste mögliche ist, selbstverständlich war, — hat doch in früheren Konflikten der ägyptische König oft genug die zu weitgehenden ägyptischen Nationalisten gekämpft. Die Einheitsfront gegen die englische Forderung auf Beibehaltung des englischen Oberkommandos in der Armee ist also vollständig. Außenpolitisch freilich kann Ägypten auf nicht viel Unterstützung rechnen. Selbst Frankreich, das so oft auf aussätzige Dossiers Englands eintrat, willt deutlich ab. Nur die Russen dürften mit gewohnter Geschäftigkeit der ägyptischen Sache annehmen. An der Wirksamkeit dieser Hülfe darf man freilich berechtigte Zweifel hegen.

Der Reichspräsident weiht den Sylter Damm ein.

Im Klangoßl fand, wie bereits gestern gemeldet, Mittwoch vormittag in Unwesenheit des Reichspräsidenten v. Hindenburg und einiger hundert geladener Gäste sowie unter starker Anwesenheit der Bevölkerung die feierliche Eröffnung der über den Damms durch das Wattmeer führenden Reichsbahnstrecke Klangoßl-Westerland statt.

Der Reichspräsident, der Schleswig früh im Sonnenaufgang auf den Bahnhöfen in Husum und Niebüll die Bürgermeister und Vereine eingeladen hatte, traf mit den Herren seiner Begleitung kurz nach 10 Uhr in Klangoßl ein. Es waren jerner unbekannt die Reichsminister Dr. Herff, Dr. Gessler, Dr. Koch und Schäffer, der Generaldirektor der Reichsbahn Dr. Dorpmüller, der Präsident der Reichsbahndirektion Altona, Dr. Schneider, und viele andere Persönlichkeiten. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Direktor des Kreises Südermarsch, Stalwek, kam ein Jungmädchen über das Freiesfeld. Vor dem Bahnhof waren die lärmenden Ringelblumen aufgestellt, deren Front der Reichspräsident abschnitt. Gegenüber saß Generaldirektor Dr. Dorpmüller das Wort zu einer Ansprache.

Der Reichspräsident erklärte nunmehr den Damm für eröffnet. Hierzu belegten sämtliche Freunde den Sylter Eröffnungstag, der etwa 111 Uhr die Eröffnungsfeier über den 18 Kilometer langen Damms ansetzt. Der im Jahre 1886 begonnene Bau, ein Meisterwerk deutscher Technik, hat etwa 1800 Mill. Mark Kosten verbraucht. Zu seiner Auf-